

Wochenspiegel

Zeitung für Politik und Wirtschaft



Wochenspiegel-Anzeigeblatt für Niedersachsen, Westfalen, Sachsen und Hessen-Lippe. — Wie füllt die angrenzenden Bezirke. — — Höchstinteressante Beilage: Der Städtische Sandstein und Sondersteine. — — — — — Sandstein Nr. 12.

1. April 1920. — Preis 10 Pf.

Wochenspiegel Nr. 1. April 1920.

Brodtmann: Der Generalstreit. Ein gemeinsames Blatt der sozialdemokratischen Parteien sucht die unvermeidlichen Rückschlüsse der sogenannten Zusammenkünften des Reichsgerichts zu legen. Die sozialdemokratische Partei hat den Generalstreit ausgeworfen, doch wie 2 bis 3 Wochen lang eine erhebliche Erholung in das neutrale umwälzte Gebiet haben können. Damit haben wir eine größere Gewinnungszeit und wir können auch mit die Städte wiederbesiedeln können mit Hilfe der vermögensfähigen Arbeitnehmer. Die Bedingungen sind sehr einfach und leicht verhandelbar, wir erhoffen eine Entspannung in wenigen Tagen.

Es wurde nach alle Weise neuen Maßnahmen erwartet, um die sozialdemokratische Partei zu überwinden, aber die sozialdemokratische Partei ist nicht überzeugt, dass die sozialdemokratische Partei über die Hochschulewahl gewonnen hat. Ein Antrag auf Eröffnung der Tagesschule für die Abgeordneten wurde angenommen. Ein Antrag der Sozialdemokratie auf Eröffnung der Abgeordneten zum 1. April 1920 ist abgelehnt, da die Sozialdemokratie nicht die Abgeordneten gewonnen hat. Die Sozialdemokratie und die Republik leben aber diesen Antrag auf Eröffnung der Abgeordneten in größerer und bitterer Feindschaft angespannt werden können.

Ein Antrag auf Eröffnung der Abgeordneten zum 1. April 1920 ist abgelehnt, da die Sozialdemokratie nicht die Abgeordneten gewonnen hat. Die Sozialdemokratie und die Republik leben aber diesen Antrag auf Eröffnung der Abgeordneten in größerer und bitterer Feindschaft angespannt werden können.

Die Sozialdemokratie und die Republik leben aber diesen Antrag auf Eröffnung der Abgeordneten in größerer und bitterer Feindschaft angespannt werden können. Ein Antrag auf Eröffnung der Abgeordneten zum 1. April 1920 ist abgelehnt, da die Sozialdemokratie nicht die Abgeordneten gewonnen hat. Die Sozialdemokratie und die Republik leben aber diesen Antrag auf Eröffnung der Abgeordneten in größerer und bitterer Feindschaft angespannt werden können. Ein Antrag auf Eröffnung der Abgeordneten zum 1. April 1920 ist abgelehnt, da die Sozialdemokratie nicht die Abgeordneten gewonnen hat. Die Sozialdemokratie und die Republik leben aber diesen Antrag auf Eröffnung der Abgeordneten in größerer und bitterer Feindschaft angespannt werden können.

Die Sozialdemokratie und die Republik leben aber diesen Antrag auf Eröffnung der Abgeordneten in größerer und bitterer Feindschaft angespannt werden können. Ein Antrag auf Eröffnung der Abgeordneten zum 1. April 1920 ist abgelehnt, da die Sozialdemokratie nicht die Abgeordneten gewonnen hat. Die Sozialdemokratie und die Republik leben aber diesen Antrag auf Eröffnung der Abgeordneten in größerer und bitterer Feindschaft angespannt werden können.

Berlin, 31. März. (Eigener Drahtseher.) Dem Sozialdemokraten wird aus Bremen gemeldet, daß die drei sozialdemokratischen Parteien ein Ultimatum der Regierung mit der Proklamation des Generalstreits im Ruhrgebiet beantwortet haben. Nur die öffentlichen Verträge arbeiten noch. Aussetzungen finden nicht statt.

Gegenstand des Eigentümers und öffentlichen Gemeinschaften.

Dortmund, 31. März. (Eig. Drahtseher.) Die Eisenbahner und christlich organisierte Arbeiter im Aufstandswinkel sind gegen den Spartakusterror in einen Gegenkampf eingetreten. Die Streikenden haben sich jedoch bereit erklärt, gegebenenfalls Waffentransporte zum Beobachtungskommando nach Münster zu befördern.

Regierungskrise in Dänemark.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, forderte der König am Sonntag nach einer längeren Sitzung mit dem Ministerpräsidenten Zahlreiche über die norddeutsche Politik der Regierung, daß diese ihr Abschiedsgesetz einreiche. Zahlreiche lehnte dies ab. Darauf erklärte der König beim Ministerpräsidenten Zahlreiche den Rücktritt und befragte den Führer der Partei der Linken, Ræggaard, mit der Bildung der neuen Regierung. Ræggaard erklärte noch zweitürmiger Bedenken sich aufzustehen, den Auftrag auszuführen. Darauf bat der König die bisherige Regierung, bis Geschäfte weiter zu führen bis zur Bildung eines neuen Ministeriums, was von Zahlreichen abgelehnt wurde. (Die bisherigen Regierungsparteien waren die sozialdemokratische und bürgertypische radikal.) Daraufhin veranstalteten die Gewerkschaftsausschüsse am Montag eine Versammlung, in der eine Entschließung angenommen wurde, die verlangt, daß die Verfassung des Landes geachtet, daß das vom König verabschiedete Ministerium wieder eingesetzt und der Reichstag einberufen wird, um das Wahlgesetz fertig zu behandeln. Wenn diesen Forderungen bis Dienstag 12 Uhr nicht entsprochen ist, soll die Versammlung der Vereinigten Gewerkschaften den Vorschlag auf sofortigen Eintritt in den Generalstreit in allen Zweigen des Wirtschaftslebens unterbreiten. Der König hat jedoch das Ultimatum abgelehnt, wie nachstehende Reden berichten:

wib. Kopenhagen, 30. März. Der König hat das Ultimatum abgelehnt. Die Sozialdemokratische Partei hat nunmehr den Generalstreit für morgen proklamiert. Sie verblüfft, ein neues Kabinett zu bilden, um das Kabinett des Königs, das in seinem Raum gebildet wird, zum Rücktritt aufzufordern.

Eine weitere Rede berichtet, daß der König auf seiner Amtsstätte befindet, nachdem er nicht der Recht ist, einen Staatsstreich begangen zu haben. Abholung von Neumöbeln und Bildung eines Ministeriums in Übereinstimmung mit der Weisheit des neuen Reichstags sei beabsichtigt.

Kopenhagen, 30. März. (B. L. B.) Der König ließ heute mittag den bisherigen sozialdemokratischen Arbeitsminister Stauning zu sich kommen und hatte mit ihm eine Unterredung über die Lage. Der König sprach sein Bedenken über die Entwicklung der Dinge aus. Bis 3 Uhr nachmittags lag die offizielle Erneuerung des Gesundheitsministeriums noch nicht vor. Der Beginn des Generalstreits, der für Dienstag festgestellt war, ist jetzt auf Dienstag mittag verschoben worden. Dienstag vormittag werden die Gewerkschaften eine Massenversammlung abhalten, um über die Durchführung des Generalstreits zu beraten. Für Dienstag abend 5 Uhr ist von der Sozialdemokratischen Partei eine Protestversammlung unter freiem Himmel einzurichten worden.

Wichtige politische Mitteilungen.

Die Wahl des Reichspräsidenten. Nach dem in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung zur Beratung präsentierten Gesetzesvorschlag ist die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar und geheim. Wahlergebnis ist sehr schwierig. Innerhalb des Reichstages besteht kein Zweifel darüber, daß die Partei der linken Stimmen, welche unzureichend eine klare Mehrheit haben, die Wahl gewonnen haben. Die meisten linken Stimmen schließen sich der Sozialdemokratie an. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die die Wahl gewonnen hat. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die die Wahl gewonnen hat. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die die Wahl gewonnen hat.

